

Der Bundeshaushalt 1971

Der nunmehr vorliegende vorläufige Gebarungserfolg ermöglicht einen Überblick über den Bundeshaushalt 1971. Vergleiche mit dem Rechnungsabschluß 1970 und dem Voranschlag 1971 lassen die konjunkturpolitischen Steuerungsmöglichkeiten des Budgets erkennen.

Inlandwirksamer Budgetüberschuß 1'8 Mrd. S

Der vorläufige Gebarungserfolg 1971 weist Gesamtausgaben von 112 56 Mrd. S (davon 108 59 Mrd. S in der ordentlichen und 3 97 Mrd. S in der außerordentlichen Gebarung) und Gesamteinnahmen von 104 82 Mrd. S aus. Das Bruttodefizit belief sich somit auf 7 75 Mrd. S. Einnahmen (+11%) und Ausgaben (+10,8%) haben im Vergleich zu 1970 fast gleich stark zugenommen.

Während der Bruttoabgang um 0 53 Mrd. S höher war als 1970, hat sich der inlandwirksame Saldo (nach Abzug der Tilgungen, Auslandstransaktionen und Rücklagengebarung) um fast 2 Mrd. S auf einen Überschuß von 1 81 Mrd. S gedreht (1970 wurde ein inlandwirksames Defizit von 0 10 Mrd. S ausgewiesen). Gemessen an der Veränderung des inlandwirksamen Saldos sind vom Bundeshaushalt 1971 keine zusätzlichen Impulse auf die heimische Nachfrage ausgegangen. Der Bund hat damit zur Beruhigung der Konjunktur beigetragen.

Ein Vergleich des vorläufigen Gebarungserfolges mit dem Bundesvoranschlag zeigt, daß die Flexibilität des Budgets und die konjunkturellen Steuerungsmöglichkeiten im Budgetvollzug größer sind, als allgemein angenommen wird. Die Einnahmen waren 1971 um 3 9 Mrd. S höher als präliminiert, die Ausgaben lagen bloß um 1 8 Mrd. S über dem Voranschlag, aber auch diese Mehrausgaben sind nicht

nachfragewirksam geworden, weil es sich ausschließlich um Beträge handelte, die Rücklagen zugeführt wurden oder zur vorzeitigen Tilgung von Auslandskrediten dienten. Die unmittelbar nachfragewirksamen Ausgaben waren 1971 sogar um 0 54 Mrd. S niedriger als vorgesehen war. Zusammen mit den Mehreinnahmen hat sich somit der inlandwirksame Saldo, der im Voranschlag noch ein Defizit von 2 7 Mrd. S aufwies, im Verlaufe des Budgetvollzuges um 4 5 Mrd. S (rund 1% des Brutto-Nationalproduktes) geändert.

Ermittlung des inlandwirksamen Saldos

	1970 Rechnungs- abschluß	1971 Vor- anschlag Mrd. S	1971 Vorläufiger Erfolg
Gesamtausgaben	101 58	110 75	112 56
Minus nachfrageunwirksame Ausgaben			
Finanzschuldtilgungen	-4 98	-5 45	-6 05
Sonstige Tilgungen	-0 10	-0 15	-0 11
Rücklagenzuführung (einschl. Reservefonds für Familienbeihilfen)	-0 93	-0 00	-2 46
Sonstige Zahlungen an das Ausland	-1 65	-2 28	-1 61
Nachfragewirksame Ausgaben	93 92	102 87	102 33
Gesamteinnahmen	94 37	100 92	104 82
Minus Rücklagenentnahme ¹⁾	-0 40	-0 76	-0 69
Zahlungen aus dem Ausland ²⁾	-0 10	-0 10	-0 16
Überweisungen an den Arbeitslosenfonds	-0 04	+0 11 ²⁾	+0 26 ²⁾
Bereinigte Einnahmen	93 83	100 17	104 14
Inlandwirksamer Saldo	-0 09	-2 70	+1 81

Defizit (-) — Überschuß (+)

¹⁾ Diese Einnahmen erhöhen die Nachfrage im Inland. Sie müssen daher von den Gesamteinnahmen abgezogen werden — ²⁾ Diese Überweisungen werden als Absetzbetrag auf der Einnahmenseite (Ansatz 2/15581) ausgewiesen. Sie müssen daher zu den Gesamteinnahmen addiert werden

Die Saldendrehung von 4 5 Mrd. S wurde zum Teil durch *automatisch wirkende Stabilisatoren*, zum Teil durch bewußt getroffene (*diskretionäre*) Maßnahmen verursacht. Zu den automatischen Stabilisatoren im Bundeshaushalt zählen die progressive Wirkung des Steuersystems, die Arbeitslosenversicherung, der Familienlastenausgleich und auf Grund der derzeit geltenden Regelung auch die Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung.

Der Bundeshaushalt 1971

	1970 Rechnungs- abschluß	1971 Vor- anschlag	1971 Vorläufiger Erfolg	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1971 gegen Rechnungs- abschluß 1970 in %
	Mill. S			
Ordentliche Gebarung				
Ausgaben	97 562	107 055	108 591	+11 3
Einnahmen	94 354	100 875	104 728	+11 0
Abgang	3 208	6 180	3 863	+20 4
Außerordentliche Gebarung				
Ausgaben	4 022	3 690	3 972	- 1 2
Einnahmen	12	40	87	+625 0
Gesamtgebarung	7 218	9 830	7 749	+ 7 4
Gesamtausgaben	101 584	110 745	112 563	+ 10 8

Die Progression des Steuersystems bewirkt, daß die Steuereinnahmen rascher wachsen als das Brutto-Nationalprodukt. Auch 1971 sind die Steuereinnahmen (netto) mit 12 6% rascher gestiegen als das nominelle Brutto-Nationalprodukt. Die Mehreinnahmen für den Bund aus der Progressionswirkung können mit etwa 300 Mill. S angenommen werden. Die Arbeitslosenversicherung wirkt als automatischer Stabilisator, weil die Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei günstiger Beschäftigung rascher zunehmen als die Ausgaben, und der Überschuß wird dem Arbeitslosenversicherungsfonds zugeführt, d. h. stillgelegt. 1971 flossen in den Arbeitslosenversicherungsfonds 260 Mill. S. Die derzeit geltende Regelung für die Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung wirkt deshalb als automatischer Stabilisator, weil der Bund nur eine Ausfallhaftung übernimmt (d. h. nur den Unterschied zwischen ihren Einnahmen und 101 5% des Aufwandes den Pensionsversicherungsanstalten vergütet). Die Einnahmen der Pensionsversicherungsanstalten haben sich 1971 dank der Hochkonjunktur günstiger entwickelt, als bei Erstellung des Budgets angenommen wurde. Die Beiträge des Bundes an die Pensionsversicherungsanstalten blieben daher um etwas mehr als 600 Mill. S hinter dem Voranschlag 1971 zurück. Das zeigt, daß auch gesetzliche Verpflichtungen flexibel sein können

Ebenso wirkt der Familienlastenausgleichsfonds als automatischer Stabilisator, weil die Einnahmenentwicklung von der Konjunktur beeinflußt wird, wogegen die Ausgaben von der Konjunktur unabhängig sind; die Überschüsse werden an den Reservefonds für Familienbeihilfen abgeführt und dadurch nicht nachfragewirksam. Die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds waren 1971 vor allem dank der günstigen Beschäftigungslage sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung um 561 Mill. S höher als präliminiert war. Da auch vorgesehene Ausgaben ausblieben, allerdings nicht aus konjunkturellen Gründen, wurden 1 Mrd. S Einnahmen des Familienlastenausgleichsfonds dem Reservefonds zugeführt und stillgelegt. Auf Grund der genannten automatischen Stabilisatoren dürften insgesamt rund 2 2 Mrd. S stillgelegt worden sein.

Neben diesen automatischen Stabilisatoren haben auch diskretionäre wirtschaftspolitische Maßnahmen zur starken Drehung des inlandwirksamen Saldos beigetragen. Der Bund hat Auslandskredite von rund 800 Mill. S vorzeitig getilgt. Zu Beginn des Jahres 1971 wurden 15% der Ermessenskredite gebunden. Diese Bindung wurde erst gegen Jahresende zur Hälfte aufgehoben, der Rest größtenteils Rücklagen zugeführt. Insgesamt wurden 1971 Rücklagen von 1 46 Mrd. S gebildet. Zusammen mit den in früheren Jahren gebildeten Rücklagen stehen rund 2 2 Mrd. S

an Rücklagen für konjunkturpolitische Zwecke zur Verfügung.

Verschiebungen in der Ausgabenstruktur: weniger Transferzahlungen, mehr Finanztransaktionen

Die Ausgabenstruktur des vorläufigen Gebarungserfolges hat sich im Vergleich zum Rechnungsabschluß 1970, vor allem aber zum Voranschlag merklich verändert. Eine vorläufige Aufgliederung der Ausgaben nach ökonomischen Kriterien — sie könnte sich noch etwas ändern, weil für einige Bundesbetriebe verschiedene Posten geschätzt werden mußten — zeigt, daß infolge der erwähnten Rücklagendotierungen und vorzeitigen Schuldentilgungen die Finanztransaktionen fast doppelt so rasch (+20 3%) zunahmen als die Gesamtausgaben. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben ist auf 7 6% (1970: 7%) gestiegen. Die Transferzahlungen haben dagegen — vor allem wegen der geringeren Zuschüsse an die Sozialversicherung — unterproportional (+9 6%) zugenommen; sie blieben sogar um 660 Mill. S hinter dem Voranschlag zurück. Auf die Transfers entfielen 41 2% der Ausgaben (1970: 41 7%, Voranschlag 1971: 42 5%). Die Käufe von Gütern und Leistungen haben im Vergleich zu 1970 etwa im gleichen Ausmaß zugenommen wie die Gesamtausgaben. Ihr Anteil an den Ausgaben (50 5%) hat sich daher kaum verändert (1970: 50 6%, Voranschlag 1971: 50 9%).

Bundesausgaben in ökonomischer Gliederung

	1970	1971	1971	Veränderung
	Rechnungs-	Vor-	Vorläufiger	Vorläufiger
	abschluß	anschlag	Erfolg	Erfolg 1971
				gegen
				Rechnungs-
				abschluß 1970
				in %
		Mill. S		
Käufe von Gütern und Leistungen	51 423	56 377	56 808	+10 5
Transferzahlungen	42 323	47 045	46 385	+ 9 6
Finanztransaktionen	7 163	6 590	8 617	+20 3
Durchlaufposten	675	733	753	+11 6
Gesamtausgaben	101 584	110 745	112 563	+10 8

Unter den Käufen von Gütern und Leistungen sind die *Investitionen* (+13 5%) am stärksten gestiegen. 1971 hat der Bund 10 46 Mrd. S investiert, davon 6 21 Mrd. S (+10 7%) in der Hoheitsverwaltung und 4 25 Mrd. S (+6 6%) in den Betrieben.

Fast zwei Drittel der Investitionsausgaben entfallen auf Bauten. Für sie wurden 1971 6 89 Mrd. S ausgegeben, um 0 96 Mrd. S (+16 2%) mehr als 1970: 0 73 Mrd. S im Tiefbau und 0 23 Mrd. S im Hochbau. Der Bund hat wohl die im Voranschlag vorgesehenen Mittel nicht ausgeschöpft und Rücklagen gebildet, da er die Baukonjunktur und die Baupreisentwicklung dämpfen wollte. (Die Investitionsausgaben für Bauten lagen um 0 55 Mrd. S unter dem Voranschlag,

	Investitionsaufwand			Veränderung Vorläufiger Erfolg 1971 gegen Rechnungs- abschluß 1970 in %
	1970	1971	1971	
	Rechnungs- abschluß	Vor- anschlag	Vorläufiger Erfolg	
	Mill. S			
Hoheitsverwaltung				
Brutto-Investitionen	5 228	6 552	6 205	+18,7
Instandhaltungen	939	831	974	+3,7
Investitionsförderung	1.690	1.770	1.587	-6,1
Summe	7 857	9 153	8 766	+11,6
Bundesbetriebe				
Brutto-Investitionen	3 989	4 173	4 254	+6,6
Instandhaltungen	768	736	787	+2,5
Investitionsförderung	9	41	2	-77,8
Summe	4 766	4 950	5 043	+5,8
Überweisungen an Länder zur Wohnbau- förderung an Wohn- baufonds und den Wasserwirtschafts- fonds	3.865	4.449	4.445	+15,0
Gesamtsumme	16 488	18 552	18 254	+10,7

wobei vor allem die Ausgaben für Sonderanlagen im Bausektor beträchtlich eingeschränkt wurden.) Im Hinblick auf die Hochkonjunktur in der Bauwirtschaft war aber die Steigerung doch beträchtlich.

Die Ausrüstungsinvestitionen wurden im Vergleich zu 1970 insgesamt nur geringfügig ausgeweitet. Während die Investitionen im Fernmeldewesen deutlich erhöht wurden, sind die Anschaffungen von Fahrzeugen, insbesondere bei der Bundesbahn, verringert worden.

Ausgaben für Güter und Leistungen

	Ausgaben für Güter und Leistungen			Veränderung Vorläufiger Erfolg 1971 gegen Rechnungs- abschluß 1970 in %
	1970	1971	1971	
	Rechnungs- abschluß	Vor- anschlag	Vorläufiger Erfolg	
	Mill. S			
Personalaufwand (aktive Bedienstete)	26.630	29.344	29.711	+11,6
Laufender Sachaufwand	12 006	12 318	13.007	+8,3
Zinsen	2 727	3 300	2 931	+7,5
Brutto-Investitionen	9 217	10.725	10.459	+13,5
Liegenschaftskäufe	843	690	700	-17,0
Gesamtsumme	51 423	56 377	56.808	+10,5

Neben den Investitionen ist auch der *Personalaufwand für aktive Bedienstete*, auf den mehr als die Hälfte der Ausgaben für Güter und Leistungen entfällt, etwas rascher gewachsen (+11,6%) als die Gesamtausgaben. Für die aktiven Bediensteten hat der Bund 1971 29 71 Mrd. S ausgegeben. Die Steigerung der Personalausgaben war kräftiger, als auf Grund des langfristigen Gehaltabkommens zu erwarten gewesen wäre. Sie war die höchste seit 1967. Dies dürfte auf die kräftige Erhöhung der Mehrleistungsvergütungen und der Familienbeihilfen sowie auf die Zunahme der Beschäftigung, vor allem im Unterrichtswesen, zurückzuführen sein. Die Gehaltssumme beim Bund ist aber dennoch langsamer gestiegen als in der Privatwirtschaft.

Die Erhöhung des laufenden Sachaufwandes der Hoheitsverwaltung um rund 0,5 Mrd. S geht zum Großteil auf vermehrte Anschaffungen im Bereiche der Landesverteidigung zurück. Diese Mehrausgaben sind der heimischen Wirtschaft zugeflossen, weil die Käufe der Landesverteidigung im Ausland nicht gesteigert wurden. Von diesen Mehrausgaben dürfte insbesondere die Fahrzeugindustrie profitiert haben.

Die Ausgaben für Staatsschuldzinsen sind unterdurchschnittlich (+7,5%) ausgeweitet worden. Sie betragen 1971 2,93 Mrd. S. Im Vergleich zu den präliminierten Ausgaben wurden 0,37 Mrd. S eingespart. Besonders die Ausgaben für Auslandsschuldzinsen konnten reduziert werden, weil ein Teil der Auslandskredite zu variablen Zinssätzen aufgenommen wurde, die ausländischen Zinssätze aber niedriger waren, als bei Erstellung des Budgets angenommen wurde.

Für *Transferzahlungen* wurde 1971 nur um 9,6% mehr ausgegeben als 1970. Der Aufwand blieb hinter dem Voranschlag zurück. Auf Grund der vorläufigen Zahlen wurden laufende Transfers von 44 98 Mrd. S ausgewiesen.

Transferzahlungen

	Transferzahlungen			Veränderung Vorläufiger Erfolg 1971 gegen Rechnungs- abschluß 1970 in %
	1970	1971	1971	
	Rechnungs- abschluß	Vor- anschlag	Vorläufiger Erfolg	
	Mill. S			
Laufende Transfers				
An private Haushalte	24 524	27 212	26 728	+9,0
Unternehmungen	1 698	1 718	1 734	+2,1
Gebietskörperschaften, Fonds und Kammern	3 451	3 925	4 554	+32,0
Sozialversicherungsträger	11 011	12 372	11 746	+6,7
Ausland	171	204	216	+26,3
Summe	40 855	45 431	44 978	+10,1
Kapitaltransfers				
An private Haushalte	191	172	160	-16,2
Unternehmungen	361	450	287	-20,5
Gebietskörperschaften, Kammern und Fonds	910	992	960	+5,5
Ausland	7	-	-	-
Summe	1 469	1 614	1 407	-4,2
Transfers insgesamt	42 324	47 045	46.385	+9,6

Von diesem Betrag ist 1 Mrd. S nicht nachfragewirksam geworden, weil sie dem Reservefonds für Familienbeihilfen zugeführt wurde. Die nachfragewirksamen laufenden Transferausgaben waren um etwa 1,5 Mrd. S geringer als im Voranschlag.

Die *laufenden Transfers an Haushalte* haben im Vergleich zu 1970 um 9% zugenommen, sie waren jedoch um fast 500 Mill. S geringer als präliminiert wurde, vor allem weil der Pensionsaufwand um rund

140 Mill. S und die Aufwendungen aus der Arbeitslosenversicherung um 300 Mill. S hinter den veranschlagten Ausgaben zurückblieben. Die laufenden Transfers an Haushalte haben die private Nachfrage nicht zusätzlich stimuliert. Die Transfers an die Sozialversicherung waren, wie bereits erwähnt, um mehr als 600 Mill. S niedriger als im Voranschlag. Die kräftige Zunahme der laufenden Transfers an Gebietskörperschaften und Fonds seit dem Vorjahr (+32%) täuscht und muß um die Zuführung zum Reservefonds für Familienbeihilfen bereinigt werden. Ohne sie haben diese Transfers nur um 3% zugenommen. Daß die Steigerung so gering war, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß vorgesehene Überweisungen an Gebietskörperschaften für sonstige familienpolitische Maßnahmen wegfielen.

Die Ausgaben für Kapitaltransfers waren 1971 um 4,2% (60 Mill. S) niedriger als 1970. Besonders für Investitionsförderungen wurde, bedingt durch den Wegfall des Investitionsfonds der verstaatlichten Industrie, weniger ausgegeben.

Finanztransaktionen

	1970	1971	1971	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1971 gegen Rechnungs- abschluß 1970 in %
	Rechnungs- abschluß	Vor- anschlag	Vorläufiger Erfolg	
Mill. S				
Schuldentilgung	4.979	5.454	6.053	+21,6
Darlehensgewährung	488	477	439	-10,1
Erwerb von Beteiligun- gen und Wertpapieren	760	659	668	-12,1
Rücklagenzuführung ...	936	—	1.457	+55,7
Gesamtsumme	7.163	6.590	8.617	+20,3

Am stärksten wurden die *Finanztransaktionen* (+20,3%) ausgeweitet. Hierbei handelt es sich um Ausgaben, die nicht unmittelbar nachfragewirksam werden. Die kräftige Steigerung dieser Ausgaben ist auf die bereits mehrfach erwähnten vorzeitigen Schuldentilgungen und die verstärkte Dotierung von Rücklagen zurückzuführen. Die Schuldentilgungen beliefen sich auf 6,05 Mrd. S, um 1,07 Mrd. S mehr als 1970 und 0,6 Mrd. S mehr als im Voranschlag präliminiert war. Den Rücklagen wurden 1,46 Mrd. S zugewiesen, um 0,52 Mrd. S mehr als 1970. Der Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren ging im Vergleich zu 1970 zurück, vor allem weil der ÖIAG keine Eigenmittel zugeführt wurden. Auch die Darlehensgewährung blieb 1971 in bescheidenem Rahmen. Sie war geringer als 1970, vor allem weil der Bund Unternehmungen, an denen er beteiligt ist, weniger Darlehen gewährte

Mehreinnahmen 3,9 Mrd. S

Die Gesamteinnahmen des Bundes übertrafen dank der günstigen Konjunktorentwicklung die präliminierten Einnahmen um 3,9 Mrd. S. Von diesen Mehr-

Bundeseinnahmen in ökonomischer Gliederung

	1970	1971	1971	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1971 gegen Rechnungs- abschluß 1970 in %
	Rechnungs- abschluß	Vor- anschlag	Vorläufiger Erfolg	
Mill. S				
Hoheitsverwaltung				
Steuern	55.110	59.571	62.056	+12,6
davan direkte	18.991	20.760	21.493	+13,2
indirekte	36.119	38.811	40.563	+12,3
Steuerähnliche Einnahmen	10.521	11.316	12.018	+14,2
Sonstige laufende Transfers	2.025	2.267	2.337	+15,4
Einkommen aus Bes- itz u. Unternehmung	1.048	1.115	1.289	+23,0
Gebühren und Kostensätze	1.437	1.394	1.574	+9,5
Katastrophenfonds	651	728	740	+13,7
Sonstige laufende Einnahmen	1.045	740	930	-11,0
Einnahmen aus der Vermögensgebarung	1.024	1.292	1.188	+16,0
Summe	72.861	78.423	82.132	+12,7
Durchlaufposten	675	733	753	+11,6
Betriebseinnahmen	20.830	21.760	21.930	+5,3
Gesamtsumme	94.366	100.916	104.815	+11,1

einnahmen entfielen 2,49 Mrd. S auf Steuern. Der Anteil der Steuern an den Gesamteinnahmen (59,2%) hat sich weiter erhöht. Die *Steuereinnahmen* erreichten 1971 95,10 Mrd. S (brutto), 13,4% mehr als 1970, dem Bund verblieben 62,06 Mrd. S (+12,6%).

Die *Steuermehreinnahmen* sind zum Großteil darauf zurückzuführen, daß das Wirtschaftswachstum unterschätzt wurde. Der Steuerschätzung 1971 lag eine nominelle Steigerung des Brutto-Nationalproduktes von 9% zugrunde, die tatsächliche Wachstumsrate liegt nach vorläufigen Berechnungen erheblich darüber. Die Mehreinnahmen an Lohnsteuer – im Vergleich zum Voranschlag 644 Mill. S – resultieren neben der Unterschätzung der Lohn- und Gehaltsentwicklung auch aus einer Überschätzung der Einnahmefälle auf Grund der Steuersenkung, die zu Beginn 1971 in Kraft trat. Es wurde angenommen, daß das Lohnsteueraufkommen auf Grund der Steuersenkung nur etwa gleich stark steigen würde wie die Löhne und Gehälter. Tatsächlich hat es jedoch weiterhin etwas kräftiger zugenommen als die Löhne und Gehälter. Der ab 1. Jänner 1971 geltende Steuertarif sieht nämlich schon bei Jahreseinkommen ab 80.000 S zum Teil höhere Marginalsätze vor. Die Einkommen- und Körperschaftsteuer sind ebenfalls überdurchschnittlich gewachsen (Einkommensteuer +14,5%, Körperschaftsteuer +13,9%). Die optimistischen Annahmen bei der Körperschaftsteuer erfüllten sich jedoch nicht. Sie blieb um rund 100 Mill. S hinter dem veranschlagten Aufkommen zurück. Schwächer als erwartet sind auch jene Steuern (Gewerbekapitalsteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteueräquivalent) gestiegen, deren Bemessungsgrundlage hauptsächlich von den Einheitswerten bestimmt wird.

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1970	1971	1971	Veränderung
	Rechnungs-	Vor-	Vorläufiger	Verläufiger
	abschluß	anschlag	Erfolg	Erfolg 1971
				gegen
				Rechnungs-
				abschluß 1970
				in %
		Mill S		
Direkte Steuern				
insgesamt	35 967	40 079	40 939	+13 8
davon				
Einkommensteuer	7 196	8 000	8 237	+14 5
Lohnsteuer	10 460	11 600	12 244	+17 1
Körperschaftsteuer	2 808	3 300	3 197	+13 9
Vermögensteuer	902	1 000	935	+ 3 6
Sonderabgabe vom Einkommen u Vermögen	2 530	2 826	2 873	+13 6
Gewerbesteuern	5 449	6 000	5 898	+ 8 2
Beiträge vom Einkommen	5 330	5 913	6 152	+15 4
Sonst. direkte Steuern	1 292	1 440	1 403	+ 8 6
Indirekte Steuern				
insgesamt	47 889	52 182	54 164	+13 1
davon				
Umsatzsteuer samt Zuschlag	20 910	23 550	24 233	+15 9
Alkoholsonderabgabe	1 119	1 140	1 262	+12 8
Zölle	5 295	5 460	5 962	+12 6
Verbrauchssteuern				
insgesamt	10 824	12 045	12 428	+14 8
davon Tabaksteuer	3 955	4 200	4 203	+ 6 3
Mineralölsteuern	6 000	7 060	7 410	+23 5
Sonstige Verbrauchssteuern	869	785	815	- 6 2
Stempel- u. Rechtsgebühren				
	5 154	5 845	5 938	+15 2
Verkehrssteuern insges				
davon Beförderungssteuer	1 082	1 200	1 209	+11 7
Grunderwerbsteuer	666	680	822	+23 4
sonst. Verkehrssteuern	2 658	2 080	2 138	
Sonstige indirekte Steuern	181	182	172	- 5 0
Steuern insgesamt	83 856	92 261	95 103	+13 4
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds, usw	28 746	32 690	33 047	+15 0
Steuern (netto)	55 110	59 571	62 056	+12 6
Steuerähnliche Einnahmen	10 521	11 316	12 018	+14 2
davon Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1 690	1 910	1 982	+17 3
Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds	7 792	8 412	8 973	+15 2
Preisausgleichsmaßnahmen	528	472	537	+ 17
Sonstige	511	522	526	+ 2 9

Das dürfte damit zusammenhängen, daß sich die Neufeststellung der Einheitswerte zum 1. Jänner 1971 noch nicht so stark auf das Steueraufkommen 1971 auswirkte, als bei der Budgeterstellung erwartet wurde.

Unter den indirekten Steuern sind die Umsatzsteuer samt Zuschlag mit fast 16% beträchtlich rascher gestiegen als das Brutto-Nationalprodukt. Zu dieser Entwicklung dürfte vor allem die stärkere Zunahme der Importe und damit höhere Ausgleichsteuererträge sowie das schwächere Wachstum der Exporte und damit geringere Exportvergütungen bei-

getragen haben. Die Umsatzsteuer erbrachte im Vergleich zum Voranschlag Mehreinnahmen von 683 Mill. S. Beträchtlich stärker, als ursprünglich angenommen, sind auch die Zolleinnahmen gestiegen. Die Auswirkungen der Zollsenkungen im Rahmen der Kennedy-Runde wurden überschätzt, die Importsteigerungen unterschätzt. Die Zölle erbrachten um 12 6% höhere Einnahmen als 1970. Sie waren um 502 Mill. S höher, als im Voranschlag präliminiert wurde. Von den Verbrauchsteuern, die insgesamt um 14 8% zunahmen, haben die Mineralölsteuern hohe Mehreinnahmen (+23 4%) erbracht. Sie sind neben der Verbrauchssteigerung auf die Dieselpreiserhöhung zu Jahresbeginn 1971 (die Mehreinnahmen daraus wurden auf 700 Mill. S geschätzt) und auf Hortungskäufe Ende des Jahres infolge der Benzinpreiserhöhung zu Jahresbeginn 1972 zurückzuführen. Die Mineralölsteuern erbrachten um 350 Mill. S mehr als präliminiert war. Die Verkehrssteuern sind wegen der Abschaffung der ursprünglich unbefristet eingeführten Kraftfahrzeug-Sonderabgabe im Vergleich zu 1970 gesunken (-5 4%). Im Vergleich zu den präliminierten Verkehrssteuereinnahmen ergaben sich Mehreinnahmen von 209 Mill. S, die vor allem höheren Einnahmen an Grunderwerbsteuer (142 Mill. S) zu danken waren.

Die *steuerähnlichen Einnahmen* erbrachten 12 02 Mrd. S, sie haben ebenfalls überdurchschnittlich zugenommen (+14 2%). Sowohl die Arbeitslosenversicherungsbeiträge als auch die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds sind auf Grund der günstigen Beschäftigungslage sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung stark gestiegen. Im Familienlastenausgleichsfonds waren die Einnahmen besonders vorsichtig geschätzt worden. Es ergaben sich im Vergleich zum Voranschlag Mehreinnahmen von 561 Mill. S. Die übrigen steuerähnlichen Einnahmen haben nur geringfügig zugenommen.

Die sonstigen laufenden Transfereinnahmen, die um 15 4% auf 2 34 Mrd. S stiegen, haben vorwiegend deshalb zugenommen, weil der Ersatz der Postsparkasse für Personalbereitstellung und Pensionsaufwand 1971 erstmals unter den sonstigen Transfers verrechnet wurde, wogegen sie 1970 noch in einem eigenen Budgetkapitel ausgewiesen worden waren. Der Großteil der Steigerung hat daher verrechnungstechnische Ursachen. Unter den übrigen Einnahmen sind die Einkommen aus Besitz und Unternehmung (+23%) sowie die Einnahmen aus der Vermögensgebarung (+16%) kräftig gestiegen. Die Mehreinnahmen in der Vermögensgebarung sind jedoch keine echten Eingänge, sondern stammen aus Rücklagenauflösungen (+296 Mill. S)

Die *Einnahmen der Bundesbetriebe* sind 1971 nur um 5 3% auf 21 93 Mrd. S gestiegen. Der Voranschlag

Einnahmen der Bundesbetriebe

	1970	1971	1971	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1971 gegen Rechnungs- abschluß 1970 in %
	Rechnungs- abschluß	Vor- anschlag	Vorläufiger Erfolg	
	Mill. S			
Bundesbahn	9 925	10 324	9 976	+ 0,5
Post	7 951	8 497	8 737	+ 9,9
Monopole	1 525	1 513	1 629	+ 6,8
Bundesforste	844	834	900	+ 6,6
Sonstige Betriebe	585	592	688	+17,6
Summe	20 830	21 760	21 930	+ 5,3

wurde knapp erreicht. Vor allem die Bundesbahn konnte mit 9,98 Mrd. S kaum mehr einnehmen als 1970, sie blieb um rund 350 Mill. S unter dem Voranschlag. Vor allem die Güterverkehrseinnahmen konnten wegen der Ausfälle im Transitverkehr die Erwartungen nicht erfüllen. Die Einnahmen der Post hingegen stiegen um rund 10% auf 8,74 Mrd. S. Die dem Voranschlag zugrunde liegenden Einnahmen wurden um 240 Mill. S übertroffen. Das ist ausschließlich der günstigen Entwicklung im Fernspreverkehr zu danken. Die Einnahmen der Monopole nahmen mit 6,8% unterdurchschnittlich auf 1,63 Mrd. S zu. Der mäßige Zuwachs erklärt sich vor allem auf das Stagnieren der Einnahmen bei den Salinen. Die starke Steigerung der Einnahmen in den übrigen Betrieben (+13,6%) ist besonders der Staatsdruckerei zu danken, deren Einnahmen um rund 30% zunahmen.

Rückgang der Auslandsschulden

Der Bund hat 1971 für 7,86 Mrd. S Kredite zur Abdeckung des Defizites aufgenommen. Der im Bundesfinanzgesetz 1971 festgesetzte Kreditrahmen konnte auf Grund der günstigen Einnahmenentwicklung um 1,97 Mrd. S unterschritten werden. Auch die Sonderkreditermächtigungen wurden nur zu zwei Drittel ausgenützt. Die gesamte Finanzschuld des Bundes belief sich Ende 1971 auf 46,85 Mrd. S. Sie war damit um 0,22 Mrd. S geringer als Ende 1970. Diese Abnahme ist zurückzuführen auf Kursgewinne (0,32 Mrd. S) infolge der Senkung der Dollarkurse

und der Ausbuchung von 1,83 Mrd. S Notenbankschuld im Zusammenhang mit der Übernahme der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds durch die österreichische Nationalbank.

Entwicklung der Finanzschuld

	Stand		Veränderung in	
	31. Dez 1970	31. Dez 1971 ¹⁾	Mill. S	%
Inlandsschuld				
Anleihen	17 111	17 686	+ 575	+ 3,4
Schatzscheine	8 252	10 138	+ 1 886	+22,9
Notenbankschuld	5 072	3 086	- 1 986	-39,2
Sonstige	3 147	3 805	+ 658	+20,9
Summe Inland	33 582	34 715	+1 133	+ 3,4
Auslandsschuld				
Anleihen	3 389	3 563	+ 174	+ 5,1
Auslandskredite	9 430	7 953	-1 477	-15,7
Sonstige	670	616	- 54	- 8,1
Summe Ausland	13 489	12 132	- 1 357	-10,1
Gesamtsumme	47 071	46 847	- 224	- 0,5

¹⁾ Vorläufiger Erfolg

Die Struktur der Finanzschuld hat sich stärker verschoben. Der Anteil der Auslandsschulden ist auf 25,9% gesunken (Ende 1970: 28,7%). Die gesamte *Auslandsschuld* hat sich um 1,36 Mrd. S verringert, wozu vor allem die vorzeitige Tilgung von rund 0,80 Mrd. S Auslandskrediten beitrug. 1971 hat der Bund nur in Schweizer Franken Auslandsschuld aufgenommen.

Die *Inlandsschulden* sind um 1,13 Mrd. S gestiegen. Erstmals seit 1967 hat der Bund den Anleihemarkt mit netto 0,58 Mrd. S wieder stärker in Anspruch genommen. Nach wie vor ist der Schatzschein das bevorzugte Finanzierungsinstrument. Der Bestand an Schatzscheinen erhöhte sich bis Ende 1971 um 1,89 Mrd. S auf 10,14 Mrd. S (21,6% der gesamten Staatsschuld). Der Anteil der Schatzscheine an der Gesamtschuld hat damit weiter zugenommen. Aus budgetpolitischen Gründen könnte diese Entwicklung bald an ihre Grenzen stoßen. Die sonstigen Darlehen sind bis Ende 1971 im Vergleich zum Vorjahr um 21% auf 3,81 Mrd. S gestiegen.

Gerhard Lehner